

PRESSEMITTEILUNG

Oranienburg, 25. März 2020

Der Bundeselternrat mahnt die Kultusministerkonferenz und die jeweiligen Kultusministerien zu einem bundesweit einheitlichen Vorgehen!

Mit großer Sorge verfolgt der Bundeselternrat die Entscheidungen der einzelnen Bundesländer zum Umgang mit der Covid-19 Problematik für die Schulen bzw. Schüler*innen. Anstatt - wie zugesagt - eine gemeinschaftliche Vorgehensweise anzustreben, kocht jedes Bundesland mit Blick auf den Bildungsföderalismus sein eigenes Süppchen. Das verunsichert die Schüler*innen, Eltern, Lehrkräfte sowie alle darüber hinaus im Bildungssystem tätigen Menschen.

Die Covid-19 Problematik ist ein bundesweites, ja weltweites Problem und es sollte hier zumindest eine bundeseinheitliche Lösung favorisiert werden. In dieser Krise sind keine Insellösungen oder länderinternen Entscheidungen zur Beruhigung der Menschen notwendig, sondern eine klare Linie. Dies auch gerade im Interesse aller Schüler*innen und um Gleichbehandlung zu gewährleisten.

Der Vorsitzende des Bundeselternrats, Stephan Wassmuth, hat keinerlei Verständnis für dieses Maßnahmenwirrwarr. Er kritisiert offen die fehlende Abstimmung innerhalb der KMK. Das gleicht eher einem Rückschritt zu mehr Bildungsföderalismus, anstatt in dieser schwierigen Phase hier gemeinschaftlich, gleichwertige Lösungen zu suchen und anzustreben. Die weitere Verunsicherung aller Beteiligten ist dadurch vorprogrammiert. Ein nationaler Bildungsrat wäre in dieser Situation freier in seiner gemeinschaftlichen Entscheidung gewesen und hätte hier sehr hilfreich sein können. Statt den Bildungsföderalismus im Interesse aller zunächst in den Hintergrund zu rücken, wird hier mit Schnellschüssen der einzelnen Bundesländer Unruhe verbreitet.

Gerade jetzt in dieser Krise zeigt sich, dass die seit nunmehr 1990 und damit seit 30 Jahren diskutierte Digitalisierung kaum unterschiedlicher umgesetzt sein könnte. Wo an Schulen Schulleitungen und Kollegium die Digitalisierung bereits mit den Schüler*innen aktiv eingeführt und umgesetzt haben, funktioniert sehr viel; an Schulen, an denen die aktive Auseinandersetzung mit dem Thema Digitalisierung gar nicht oder nur äußerst zurückhaltend erfolgte, passiert so gut wie gar nichts. Diese Unzulänglichkeiten machen sich jetzt erstmals deutlich bemerkbar und veranschaulichen die Bildungsungerechtigkeit für die Schüler*innen.

Der Bundeselternrat sieht bisweilen das Fehlen länderspezifischer Pläne, und dass Schulträger und Schulleitungen ihre Hausaufgaben mehr oder weniger umfassend oder nicht ausreichend gemacht haben. Es gibt Schulen, die gerade jetzt in der plötzlichen Homeschooling-Situation hervorragende Umsetzungserfolge zu verzeichnen haben; es gibt aber leider auch viele Schulen, da passiert außer dem klassischen Ansatz: „Lernt mal im Buch weiter bis Kapitel...“ nichts.

Auch in Bezug auf die fehlenden verbindlichen Informationen für die vielen Prüflinge erwartet der Bundeselternrat eine schnelle, bundeseinheitliche Lösung. Es geht nicht nur darum, die Abschlüsse gegenseitig anzuerkennen. Es geht vor allem darum, den Prüflingen aufzuzeigen, ob und wann sie in welcher Form in dieser besonderen Ausnahmesituation mit Prüfungen zu rechnen haben - gerade in der Dualen Ausbildung hängt von der Frage einer abgelegten, bestandenen Prüfung ab, ob und wann sich der junge Mensch durch Bewerbungen dann beruflich neu orientieren kann bzw. im Falle einer Nichtübernahme muss.

Der Bundeselternrat fordert die KMK und die Kultusministerien daher dazu auf, eine bundesweite und vor allem einheitliche Lösung zu erarbeiten und zu präsentieren und den Bildungsföderalismus in dieser schwierigen Phase sinnvollerweise einmal zurückzustellen.

Ihr Ansprechpartner ist:

Bundeselternrat

Stephan Wassmuth, Vorsitzender

E-Mail: info@bundeselternrat.de

Für Fragen und Stellungnahmen stehen wir gerne zur Verfügung